

## Den Lechkiesel stoppen

### Verbände, Vereine und Parteien bereiten Bürgerbegehren vor

**Landkreis** – Der Kreistag hat im Juli einen Planungsstopp des geplanten Landratsamt-Neubaus am Penzinger Feld abgelehnt (der KREISBOTE berichtete). Daraufhin hat sich eine Interessengemeinschaft für ein Bürgerbegehren gebildet: Die „Bürgerinitiative Landratsamt Erweiterungsbau“ fordert einen sofortigen Stopp der aktuellen Planungen.

Das Bürgerbegehren soll „den Landkreisbürger\*innen die Möglichkeit für eine Abstimmung über den derzeit überkauerten und nicht mehr zeitgemäßen Neubau des ‚Landratsamtes auf dem Penzinger Feld‘ ermöglichen“, heißt es in einer Mitteilung der Bürgerinitiative. Die Interessengemeinschaft besteht bisher aus einem Bündnis

von Verbänden und Parteien wie „Omas for Future“, Grüne, SPD, Landsberger Mitte, ÖDP, Bayernpartei und Die Partei.

Die Initiative kritisiert die Versiegelung „bester Ackerflächen“ durch den Bau am Penzinger Feld sowie die Kostenexplosion des Lechkiesels auf aktuell 120 Millionen Euro.

Indes fordern Grüne mehr Fakten zum Neubau (**Seite 2**).

### Besonders ästhetisch, nachhaltig schön

Landrat Thomas Eichinger verteidigt in der aktuellen Ausgabe von „Mein Landkreis“ den Bau des monumentalen neuen Landratsamts am Penzinger Feld. Dabei zieht er allerdings schon in seinem Vorwort Argumente heran, die mit der prächtigen Lechkiesel-Architektur, den horrenden Kosten von 120 oder mehr Millionen Euro und dem doch arg peripheren Standort des Baus überhaupt nichts zu tun haben.

„Wärmepumpen mit Eispeicher“ kann man in jedes energetisch optimierte Gebäude einbauen. „Platz für das wachsende Personal“ lässt sich auch mit einem weniger aufwändigen Zweckbau schaffen. Und dass „die moderne Arbeitsumgebung ... Freude

an der Arbeit“ schafft, ist denkbar, aber nicht zwingend: Schnelle und transparente Verwaltungsabläufe, flache Hierarchien, eine moderne Behördenkultur und eine effektive Digitalisierung sind wichtigere und nachhaltigere Freuden-spender.

Dass der Landrat die Begrünung und die „gute ÖPNV-Anbindung“ heranzieht, lässt den Mangel an Argumenten erkennen. Das neue Landratsamt wird nicht im Grünen, sondern direkt an der A96 gebaut. Und es ist 5,7 Kilometer vom Bahnhof Kaufering und 2,4 km vom Bahnhof Landsberg entfernt. Es liegt an den äußersten Haltestellen der städtischen Buslinien; wer mit ihnen zur Arbeit fährt, hat eine halbe Stadtrund-

fahrt hinter sich. Und aus dem Landkreis heraus ist die Anbindung per Bus eher sporadisch.

Im Inneteil verbreitet der Landkreis viele Argumente aus Innensicht. Bürger kommen ins Rathaus und müssen dann zu einer Außenstelle geschickt werden. „Das führt zu Frustration und Verärgerung und ist auch für mich schwierig“, wird eine Mitarbeiterin der Poststelle zitiert.

Solche Bürger haben offenbar weder einen Termin noch haben sie sich über das Amt, das sie aufsuchen wollen, informiert – das ist ein eher ungewöhnliches Verhalten. Haben sie ein spontanes Anliegen? Kam ihnen der Amtsbesuch in Landsberg gerade erst in den Sinn?

Nächstes Argument: Wenn Mitarbeiter der Ämter nicht im gleichen Haus sitzen, „kommt der Austausch zu kurz“, weil „die Wege so lang sind“, sagt die Vorsitzende des örtlichen Personalrats. Aber meistens ist es so: Weder die Nutzer der öffentlichen Verwaltung noch ihre Protagonisten haben ämterübergreifende Anliegen. Wann haben Sie zuletzt am gleichen Tag eine Trockenkiesabgrabungs-Genehmigung, einen Waffenschein und eine Gaststätten-Erlaubnis beantragt? Übrigens: Dürften die drei zuständigen Mitarbeiter sich überhaupt über Ihre interessante Rollenvielfalt austauschen oder steht da der Datenschutz vor?

Wie auch immer: Große Bürohäuser haben ohne Zweifel Vor-

teile, zum Beispiel Sitzungsräume und Kantinen. Aber muss es dann diese Dimension sein? Brauchen wir, wie es in der Schrift heißt, das „besonders ästhetischen Vorhaben“ in „nachhaltiger Schönheit“?

Klar, wer sich's leisten kann, dem mag der Lamborghini lieber sein als der Mercedes Transporter. Aber wenn doch andere – nämlich die Gemeinden und deren Bürger – diese Ästhetik und diese Schönheit bezahlen müssen, zulasten eigener Vorhaben, die dadurch verschoben werden müssen, ist dann nicht eine Schamgrenze erreicht? Anders gefragt: Wird die Sache dann nicht unverschämt?

Hintergründe und Details auf [www.landsbergblog.info](http://www.landsbergblog.info)

# Mehr Fakten zum Landratsamt-Neubau

Im Vorfeld der Einspar-Workshops: Grüne fordern umfassende Unterlagen

**Landsberg** – Den von der Bayernpartei beantragten Planungsstopp für den 120-Millionen-Neubau des Landratsamtes auf dem Penzinger Feld hat der Landrat im Kreistag gerade noch (31:28) abwenden können. Unter anderem, weil Thomas Eichinger (CSU) vor der Abstimmung „gecoachte Workshops“ ins Spiel gebracht hatte. Einsparpotenziale gilt es aufzuspüren. Das aber sei nur möglich, wenn den Workshopteilnehmern „umfassende Daten und Fakten“ vorlägen, so die Kreistags-Grünen. Und das haben sie jetzt beantragt.

In ihrem zweiseitigen Papier an den Landrat und den Kreistag gehen Gabriele Uebler und Gabriele Triebel für ihre Fraktion zunächst auf die Zusammensetzung der Workshops ein. Sie sollten mit Kreistagsmitgliedern, Vertretern der Planungsbüros und der Kreisverwaltung sowie Experten für Bauwesen und Organisation besetzt und von externen Moderatoren geleitet werden.

Für die Vorbereitung der Workshops sollten Verwaltung und Moderation einen „klaren, logischen und orientierenden Aufgaben- und Ablaufplan“ an die Hand gereicht bekommen. Und eine Woche vor Beginn der Workshops seien den Teilnehmenden eine Reihe von Unterlagen zur Verfügung zu stellen, fordern die Grünen. Das wäre zunächst eine Aufstellung zum Status Quo: Nutzflächen im bestehenden Landratsamt und den angemieteten Außenstellen, Anzahl der dort Arbeitenden sowie Homeoffice-Quote, differenziert nach Bereichen mit persönlichem Kontakt.

Natürlich sind auch die Nutzflächen im Behördenneubau „Lechkiesel“ am Penzinger Feld gefordert; dazu die absehbare Mitarbeiterzahl nach Arbeitsbereichen, also Belegungsplan, sowie die künftigen Quoten für Homeoffice und Desk-Sharing.

In den besonderen Fokus soll in den Workshops einmal

mehr das bestehende Landratsamt in der Von-Kühlmann-Straße rücken. Wie wird es künftig genutzt? Eine Antwort darauf erwarten sich die Grünen in detaillierten Aufstellungen ebenso für die weiterhin zu nutzenden Außenstellen. Damit nicht genug: Kostenschätzungen für Maßnahmen an der Kreisbehörde in der Innenstadt seien bis zum Workshopstart vorzulegen: für eine Sanierung und für das Überbauen des Parkplatzes zwischen Landratsamt und Bahngleis. Das Thema Erweiterung am Bestand ist damit noch nicht grundsätzlich zu den Akten gelegt.

## Solide Grundlage

Uebler und Triebel begründen ihren Antrag an den Kreistag so: „Die Entscheidung über eines der kostenaufwendigsten Bauprojekte des Landkreises der vergangenen Jahre sollte von den verantwortlichen Entscheidungsträgern – auch mit Blick auf Steuerzahler – nur auf einer soliden Datengrund-

lage zur Ausgangssituation und einer differenzierten Bedarfsanalyse getroffen werden.“ Die Arbeitsplatzsituation von Verwaltungen habe sich in den letzten zehn Jahren verändert und werde sich auch in den nächsten Jahren massiv verändern – mit entsprechenden Folgen für den Raumbedarf. Diese Daten müsse der Kreistag bei einer Neuplanung angesichts der finanziellen Belastung des Landkreises und der Kommunen in seiner Entscheidung berücksichtigen können.

Nur wenn diese Datenlage transparent für eine gewissenhafte und effiziente Planung vorliegt, so Uebler und Triebel, kann in den geplanten Workshops eine fundierte Empfehlung von Einsparungsmöglichkeiten für den Kreistag erarbeitet werden.

Die beiden nichtöffentlichen Workshops finden im September und Oktober statt. Die Termine seien fix, so Behördensprecher Wolfgang Müller, und die Teilnehmer informiert. **oni**

## LANDSBERGBLOG

KOMMENTAR

## Das Geld der anderen

Nachdem der Kreistag mit knapper Mehrheit für den Bau des unabschätzbar teuren neuen Landratsamts am Penzinger Feld in Landsberg gestimmt hat, wird für die Landkreismunicipalitäten klar, dass sie jahrelang eine erhöhte Kreisumlage zahlen müssen.

Eigentlich ist das grotesk: Wieso sollen die Gemeinden ein Gebäude finanzieren, in dem überwiegend das staatliche (und nicht das kommunale) Landratsamt tätig wird? Dass die Behörde aufgeht wie ein Hefekuchen, hat schließlich mit ihnen nichts zu tun. Und wieso wird von den Gemeinden erwartet, Zins und Tilgung zu leisten, ohne Miteigentümer des neuen Gebäudes zu werden? Noch nicht einmal eine Hypothek gesteht man ihnen zu. In

der Wirtschaft wäre es undenkbar, dass jemand eigene Vorteile ausschließlich mit dem Geld der anderen erzielt. Hier im Landkreis ist es so.

Die Gemeinden werden aufgrund der Mehrausgaben nun faktisch gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen. Denn am Ende des Jahres bleibt es ja dabei: Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit muss mindestens Zinsen und Tilgung der aufgenommenen Darlehen decken. Kontrolliert wird das vom Landratsamt; Sanktionsinstrument ist die Nichtgenehmigung des Haushalts. Von der Gemeinde wird also erwartet, dass sie den Druck absorbiert. Links der fordernde Landrat, rechts die lauernde Rechtsaufsicht; dazwi-

schen entsteht eine gemeindliche Knautschzone, die sich alsbald deformieren wird.

Da helfen auch Eichingers Beruhigungstropfen nicht. Die Fraktionen, die jetzt nach Einsparmöglichkeiten suchen sollen, können aufgrund des abgeschlossenen Bieterverfahren nicht fündig werden. Und das Angebot des Kreises, eigene Rücklagen einzubringen, ist wirkungslos. Sie haben sich im Wesentlichen durch die Nichterledigung von Aufgaben angesammelt, die noch ausstehen. Man kann sie ohne Aufhebung materieller Beschlüsse nicht zweckentfremden.

Das gilt auch für die Stadt Landsberg. Wir schieben eine Bugwelle Unerledigtes vor uns her; nur dadurch haben wir so große Reser-

ven. Die Stadt ist von dem Kreistagsbeschluss zum Landratsamtsneubau also genauso betroffen wie die Gemeinden. Indem die Oberbürgermeisterin dennoch für den Weiterbau stimmte, setzte sie einen falschen Schwerpunkt zulasten der Landsberger. Offenbar war sie in einem Treuekonflikt.

Kurz gefasst: Das Geld der anderen, mit dem der Landrat baut, ist das Geld der Stadt Landsberg und das der Gemeinden. Und die müssen die Belastung schnell nach unten, zu Ihnen, durchreichen. Ob Grundsteuer oder Kita-Entgelt, Busfahrtschein oder Parkgebühr: Die Unbescheidenheit des Landkreises werden Sie zu spüren bekommen. Wie konnte sich das ursprüngliche Bemühen, Mieten für

Außenstellen einzusparen, nur so ins Gegenteil verkehren?

Es ist daher nachvollziehbar und verdient Unterstützung, dass viele Bürger, in Kooperation mit einigen Parteien und Mandatsträgern, die Beschlüsse des Kreistags per Bürgerbegehren rückgängig machen wollen, um das Projekt „Außenstellen des Landratsamts“ auf sinnvolle Maße zu reduzieren. Während mancher Kreisrat die Parteidisziplin priorisierte und nun wegen Wohlverhalten Gunst erhofft, setzen sie auf Vernunft und Gemeinwohl. Ihr Credo heißt: Mit dem Geld der anderen finanziert man kein Wohlfühlparadies.

Hintergründe und Details auf [www.landsbergblog.info](https://www.landsbergblog.info)